Grünpol

Ein Grünes Ja zur Personenfreizügigkeit und den Bilateralen

Maya Graf
Nationalrätin, Sissach

Die Europäische Union (EU) ist die mit Abstand wichtigste Wirtschaftspartnerin der Schweiz. Die Beziehungen zur EU sind in den bilateralen Abkommen I und II geregelt. Über 60% der Schweizer Exporte gehen in die EU, bei den Importen sind es gar 80% an Gütern und Dienstleistungen. Das heisst jeder dritte Arbeitsplatz ist direkt abhängig vom wirtschaftlichen Austausch mit der EU. In den letzten drei Jahren sind mit Hilfe der Personenfreizügigkeit mehr als 200‘000 Arbeitsplätze entstanden.

Mit dem Ja der Schweizer Stimmbevölkerung zu den Bilateralen I im Jahr 2000 öffnet die Schweiz mit dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit schrittweise die Arbeitsmärkte und erleichtert auch die Wohnsitznahme von Schweizerinnen und Schweizer in der EU. Dieses Abkommen wurde auf 7 Jahre befristet. Im Jahr 2005 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bereits einmal einer Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die acht neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten zugestimmt.

Bei der Abstimmung am 8. Februar geht es nun darum, ob einerseits das bestehende Personenfreizügigkeitsabkommen unbefristet weitergeführt wird und ob es anderseits auf die beiden neuen EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien ausgedehnt werden soll.

Der Bundesrat und die grosse Mehrheit des Parlamentes (Nationalrat 143 Ja zu 40 Nein, Ständerat 35 Ja zu 2 Nein) befürworten dies. Die Personenfreizügigkeit ist vertraglich mit den anderen Abkommen der Bilateralen I verknüpft. Wird sie nicht weitergeführt, fallen auch die übrigen Abkommen weg. Die Abstimmung entscheidet also darüber, ob die Schweiz den erfolgreichen Weg der Bilateralen Verträge weiterführen kann oder sich in die wirtschaftliche und politische Isolation begibt.

Die Grünen im Parlament und die Delegiertenversammlung haben dem Bundesbeschluss über die Weiterführung des Freizügigkeitsabkommen sowie die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien geschlossen zugestimmt. Es ist für die Grünen klar, dass die Schweiz als kleines Land mitten in Europa derart mit dem EU-Gemeinwesen wirtschaftlich verflochten, menschlich verbunden und kulturell verknüpft ist, dass es (neben einem EU-Beitritt, der in weiter Ferne liegt) keine Alternative zu den bilateralen Verträgen gibt. Und dabei

➔

Abstimmungsparole 8. Februar 2009

Eidgenössische Vorlage

JA zum Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien.

soll der freie Personenverkehr für alle Menschen gleichermassen gelten. Eine Diskriminierung zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten darf es nicht geben, sowie wir es in der Schweiz nie akzeptierten, wenn nicht alle 26 Kantone gleich behandelt würden.

Doch die Angst der Arbeitnehmenden muss ernst genommen werden. Die Grünen unterstützen alle Bestrebungen zur Stärkung der flankierenden Massnahmen im Arbeitsmarkt gegen Lohn- und Sozialdumping. Die Kontrollen bezüglich Schwarzarbeit müssen konsequent umgesetzt werden. Für Rumänien und Bulgarien gilt zudem eine Übergangsfrist bis mindestens 2016. Bis dann gelten Höchstzahlen für Aufenthaltsbewilligungen (Kontingente) und der Inländervorrang. Der Bundesrat ist zudem verpflichtet, dem Parlament vor der nächsten Erweiterung einen Bericht über die Auswirkungen u. a. der flankierenden Massnahmen vorzulegen.

Ich bitte Euch im Namen der Grünen, ein Ja zur Personenfreizügigkeit und somit zu den Bilateralen einzulegen, denn es wird auf jede Stimme ankommen. Gerade wenn eine wirtschaftlich schwierigere Zeit vor der Türe steht, dürfen wir die bewährten Handelsbeziehungen mit unseren Nachbarländern nicht aufs Spiel setzen.

1, 2, 3, kein AKW und Endlager

Zusammen mit Greenpeace und allen wichtigen Exponenten der Anti-AKW-Bewegung engagieren sich die Grünen in der „Allianz Stopp Atom“ gegen den Bau neuer Atomkraftwerke: www.stoppatom.ch

Sarah Martin
Landrätin, Hemmiken

Nach dem Stromkonzern Atel hat auch die BKW sowie die Axpo beim Bundesamt für Energie Rahmenbewilligungsgesuche für zwei neue AKW eingereicht.

Obwohl immer mehr Gemeinden und Städte (z.B. Basel, Zürich) aus der Atomenergie aussteigen, sollen in der Schweiz gleich drei neue Atomkraftwerke gebaut werden.

Die Grünen lehnen einen Ausbau der Atomenergie entschieden ab. Nur eine Energiepolitik, die konsequent auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzt, kann langfristig Versorgungssicherheit bei minimaler Umweltbelastung bieten. Der Bau neuer AKW verhindert die Entwicklung einer sicheren Stromversorgung mit erneuerbaren Energien und unterbindet Anreize zur Energieeffizienz. Dabei haben genau diese Technologien das Potential, die Schweizer Wirtschaft anzukurbeln. Die Atomenergie ist eine sehr riskante, veraltete Technologie und belastet die Umwelt auf allen Vor- und Nachstufen. So gibt es bis heute weltweit noch kein einziges Endlager für hochradioaktive Abfälle.

Auch in der Schweiz wird weiterhin ein Deponiestandort für hochaktiven Atommüll sowie für mittel bis schwach aktive Stoffe gesucht. Momentan stehen drei Gebiete für die Lagerung hochaktiver Stoffe zur Debatte: das Zürcher Weinland, Lägeren und der Bözberg.

Basel-Stadt und Solothurn haben schon vor einem Jahr, als es erst um den Ablauf des Verfahrens ging, kritisch Stellung zum Standort Bözberg bezogen. Die Regierung des Kantons Basellandschaft wehrt sich im Gegensatz zu den anderen Nachbarkantonen nur sehr zögerlich gegen ein mögliches Endlager im Bözberg. Dies obwohl sie laut Verfassung dazu verpflichtet ist. Gemäss Regierungsrat Krähenbühl wird sich der Kanton erst zu Wort melden, wenn der Bund eine erste Standortprüfung abgeschlossen hat, also in ungefähr zwei bis drei Jahren.

Wir Grünen sind mit dem zögerlichen Verhalten und Vorgehen des Kantons nicht einverstanden und werden uns auch weiterhin für das Erfüllen des Verfassungsauftrages und einen Ausstieg des Kantons aus der Kernenergie stark machen.

Regionale Gesundheitspolitik: Fit für die Zukunft?

Philipp Schoch
Landrat, Pratteln

Die Spitallandschaft in unserer Region muss dringend umgebaut werden, denn die Gesundheitsplanung ist längst selber zum Patient geworden. Das geplante neue Kantonsspital Bruderholz (280 Betten) ist überdimensioniert. Zusammen mit dem neuen Geriatriespital (440 Betten) am selben Standort entsteht damit eines der grössten Spitalzentren der Schweiz! Die Probleme werden damit jedoch nicht kleiner.

Wir Grüne stellen uns die Gesundheitszukunft wie folgt vor:

- Das Kantonsspital Laufen mit 80 Betten ist volks- und betriebswirtschaftlich gesehen ein Unsinn. Das Laufener Akutspital muss ins neue Akutspital Bruderholz integriert werden. Eine Gemeinschaftspraxis soll die Notfalldienste fürs Laufental sicherstellen, während das Bettenhaus in Laufen als Geriatriezentrum weiter genutzt wird.
- Die Bettenzahl des neuen Akutspitals Bruderholz muss verkleinert werden, denn die aktuelle und zukünftige Entwicklung geht deutlich in Richtung ambulante Versorgung. Würde wie jetzt geplant gebaut, wären teure Bettenüberkapazitäten die Folgen, welche wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu berappen hätten.
- Die Erschliessung des Bruderholzspitals ist seit 30 Jahren ein ungelöstes Problem. Ein Krankenbesuch mit dem öffentlichen Verkehr kommt einer Tagesreise gleich. Wir Grüne engagierten uns im Landrat leider vergeblich für eine direkte Busverbindung ab Bahnhof Basel SBB.
- Für die Pflegenden sind die Anstellungsbedingungen in Baselland unattraktiv. Eine Woche mehr Ferien und bessere Entlöhnung sind dringend notwendig, ansonsten können die beiden neuen, personalintensiven Spitäler gar nicht betrieben werden. Im nationalen Vergleich rangiert der Kanton im hart umkämpften Pflegemarkt weit hinten.
- Die Aufteilung der medizinischen Spezialgebiete ist in der kleinräumigen Nordwestschweiz ein sinnvolles Instrument.

Diese Punkte wird die Grüne Landratsfraktion mit Vorstössen ins Parlament einbringen. Die Grünen Baselland setzten sich für ein hochstehendes, modernes Gesundheitswesen ein.

Neue Publikation: «Grenzenlos - Grüne Ideen für die Nordwestschweiz und den Oberrhein»

Lukas Ott
Stadtrat, Liestal

Die Entwicklung eines Standorts wird mehr und mehr zum Zukunftsfaktor. Bei der Eroberung solcher Gestaltungsspielräume sieht sich der Metropolitanraum Basel grossen Herausforderungen gegenüber. Allein schon wegen der ungünstigen Kantonsgliederung, aber auch wegen den Landesgrenzen drohen Reformen auf der Strecke zu bleiben. Die Autorinnen und Autoren von ‹Grenzenlos› bekennen Farbe und beziehen Stellung: Sie entwickeln eine Reihe von neuen Lösungsansätzen und Strategien. Als politische Exponentinnen und Exponenten möchten sie zu einer fruchtbaren Diskussion beitragen – sowohl im Kreis politischer Entscheidungsträger als auch in einer breiten Öffentlichkeit.

Gemeinsam ist allen Beiträgen die Sorge um die längerfristige Zukunft unserer Region. Das Buch will aufzeigen, wie sich durch eine Flurbereinigung die Aussichten für die Nordwestschweiz und den Oberrhein verbessern lassen.

Wie schwierig und lange der Weg zu einem grenzenlosen Metropolitanraum sein kann, zeigen die beiden Herausgeber Lukas Ott und Markus Ritter am Beispiel der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Sie schildern im Buch detailreich, welche Mythen und – wie sie sagen – «historischen Fehlleistungen» zur Entstehung der beiden Basler Kantone geführt haben und welche Kräfte und Faktoren dafür sorgen, dass diese Trennung noch lange Zeit bestehen wird. Als Lösung sehen sie auch nicht eine Wiedervereinigung der Kantone, sondern vielmehr eine über die beiden Basel hinausgehende Gebietsreform, welche die Kantonstrennung en passant überwindet.

Mit verschiedenen parlamentarischen Vorstössen haben Esther Maag, Klaus Kirchmayr und Isaac Reber in den letzten Wochen dafür gesorgt, dass die erforderliche Diskussion in die politischen Gremien getragen wird.

Lukas Ott, Markus Ritter (Hrsg.)
GRENZENLOS
Grüne Ideen für die Nordwestschweiz und den Oberrhein

Mit Beiträgen von Brigitta Gerber, Esther Maag, Guy Morin, Lukas Ott, Markus Ritter und Dieter Salomon sowie einem Interview mit Kurt Reifler.
Christoph Merian Verlag Basel, 2008

Esther Maag und Ruth Gonseth an der Mitgliederversammlung der Grünen vom 8. Januar 2009.

Liebe Esther

Niemand von uns möchte dich verabschieden. Daher soll's jetzt eine Würdigung deines bisherigen grünen Einsatzes werden. Dies ist sicher auch in deinem Sinn, denn du hast mir kürzlich gestanden, dass dir die Politik jetzt schon fehle. Du hast in den letzten 14 gemeinsamen grünen Jahren überaus vielfältige, seriöse, aber auch bunte und witzige Arbeit für die Grünen geleistet.

1994 bist du zur ersten Grünen Präsidentin der Freien Grünen Liste gewählt worden - das in der schwierigen Zeit nach der Abspaltung von den Grünen Baselbiet. Dank deinem grossen Führungstalent und deinem Rieseneinsatz ist es schnell gelungen, die neue Parteistruktur aufzubauen und die Wahlen 1995 mit gutem Erfolg zu meistern.

1996 bist du für Lukas Ott in den Landrat nachgerückt. Dort warst du vom Anfang an in deinem Element; es hat dir offensichtlich Spass gemacht. Nach den ersten 100 Tagen hast du im Greenfo zur gängigen Vorstellungen „Der Landrat ist eine würdige und ernste Angelegenheit" geantwortet: „Weit gefehlt: Ich war noch nie innerhalb von drei Monaten an so vielen Festen und Feiern!" Aber du hast nicht nur gefeiert, sondern bist auch eine überaus aktive Landrätin gewesen, u. a. Mitglied in acht verschiedenen Kommissionen. Du hast in deinen 12 Jahren die unglaublich hohe Zahl von 78 Vorstössen verfasst. Zudem hast du von 2002 bis 2006 als Fraktionspräsidentin gewirkt.

Mit psychologischem Geschick hast du für die gemeinsame grüne Sache den Dialog zwischen linden-, gras- und rotgrünen wieder in Gang gebracht. Wir haben uns wieder zusammengerauft und bei deinem Rücktritt als Präsidentin 2002 gab es in unserem Kanton wieder eine Grüne Partei, die Grünen Baselland.

Du warst auch in vielen anderen Bereichen äusserst aktiv: u. a. im Vorstand der Grünen Schweiz, als Präsidentin des VCS beider Basel 2000-2007, im Vorstand „starke Region" 1999-2006 und seit 2007 als Beirätin der BLT. Du hast auch geglänzt an sportlichen Anlässen, z. B. am eidgenössischen Parlamentarier Fussballturnier 2007 in Sissach, zusammen im grünen Sturmduo mit Maya Graf.

Deine vielfältige journalistische Begabung hast du immer wieder unter Beweis gestellt, z. B. mit all deinen geistreichen Kolumnen, mit Titeln wie „Weil wir sexy sind" oder „Wer sind die besten Grünen" (www.esthermaag.ch).

Für mich persönlich war eines der schönsten Erlebnisse mit dir die Gründung der 5. Rotte in Liestal, unser 1. Banntag 1996 und die Einladung zu den vier Basler Fasnachts-Rotten. Hier ein kleiner Ausschnitt aus deinem damaligen Vortrag über die Baselbieter Frauen: „…Schliesslich schaffe mir jo au no prominänt / im Kantons- und Bundesparlamänt / Und das gsehn d'Lieschtler Männer gar nid gärn / Wenn d'Fraue dängge und längge, isch das mängem zu modärn / Ume Bann sötte mir au nid laufe und au nid feschte, / das sy mir ufrächte Fraue denn letscht Johr go teschte…"

Krönung deiner grünen Karriere ist sicher die Wahl zur Landratspräsidentin 2007 gewesen. Du hast die Ehre gehabt, für ein Jahr die höchste Baselbieterin zu sein. In deiner Rede hast du insbesondere auch die Fähigkeit der Römer zum übergeordneten Blickwinkel gelobt und eine solche „Weitwinkel-Sichtweise" auch vom Landrat mit deiner Vision eines Kantons Nordwestschweiz gefordert.

Damit bin ich bei deinem Vermächtnis: Dein letzter Vorstoss im Landrat gilt dieser Vision „Der Regierungsrat soll die Voraussetzungen für die Gründung eines Kantons Nordwestschweiz schaffen". Eine Mehrheit hat die BaZ-Frage des Tages „Befürworten Sie einen Kanton Nordwestschweiz" mit ja (59%) beantwortet. Jetzt liegt es an deiner Nachfolgerin im Landrat, Marie-Theres Beeler, zusammen mit den Grünen, diese Weitsicht weiter zu vertreten und für deinen Vorstoss zu kämpfen.

Zum Schluss wünsche ich dir viel Spass, viel Interessantes und gutes Gelingen als TeleBasel-Moderatorin verbunden mit der Hoffnung, dass du schon bald geläutert, weiser, immer noch frech und in alter Frische in die grüne Politik zurückkommst.

Ruth Gonseth, e. Nationalrätin